



Philologen-Verband:

Absage an Spaltungskonzept G8/G9

Gegen unkontrollierbares Organisationschaos!

Die von einer Bürgerinitiative „Familiengerechte Bildung“ und der GEW vorgeschlagene Freigabe der Entscheidung, ob in Nordrhein-Westfalen ein einzelnes Gymnasium in 8 oder 9 Jahren das Bildungsziel erreichen will, lehnt der Philologen-Verband mit aller Deutlichkeit ab. Auch die Landeselternschaft der Gymnasien sowie beide Direktorenvereinigungen sind gegen diesen Doppelweg.

Letztlich würde diese Alternative zur Folge haben, dass sich die Gymnasien in Gymnasien erster und Gymnasien zweiter Ordnung spalten. Die einheitliche Bildungskonzeption dieser Schulform ginge verloren und eine Vielzahl organisatorischer Probleme würde auf die Gymnasien zukommen.

„Im Mai 2009 haben sich mehr als 3/4 aller Elternvertretungen der Gymnasien unmissverständlich für die Beibehaltung der Schulzeitverkürzung und gegen ein Wahlrecht ausgesprochen. Eröffnet man beide Wege, so müssen diese Angebote flächendeckend vorgehalten werden, jetzt genutzte Räume für den Mensaausbau und für den Schüleraufenthalt müssen anderweitig verplant und die Lehrpläne völlig neu konzipiert werden. Der Wechsel der Schüler von einer zur anderen Schule wäre erheblich erschwert und im ländlichen Raum würde sich die Fahrkostenproblematik zusätzlich einstellen. Ein heilloses Durcheinander wäre die Folge!“, warnt Peter Silbernagel, Vorsitzender des Philologen-Verbandes.

Die Umsetzung der Schulzeitverkürzung war zweifellos mit größeren Problemen im Pädagogischen und Schulorganisatorischen verknüpft. Musterlehrpläne, Übermittags-Konzepte und Ganztagsangebote haben wesentlich zur

>>

Entschärfung beigetragen, so dass schrittweise eine größere Gelassenheit einkehrt. Die Anmeldequoten beweisen nach wie vor, dass die Gymnasien auf einen wachsenden Zuspruch bauen können. Die von einer Elterninitiative nun vorgelegte Wahlfreiheit würde die Kommunen mit kaum steuerbaren Entscheidungen konfrontieren und vor erhebliche Finanzierungsprobleme stellen. Im übrigen fußen die Rückmeldungen der Initiative auf Online-Angaben, die gerade einmal von einem Elternteil je 200sten Schüler eines Gymnasiums in einem Zeitraum von 7 Monaten gemacht wurden. Mehr als die Hälfte der Beteiligten wohnt im Köln-Bonner Raum. Verallgemeinerungen sind daher weder seriös noch repräsentativ.

„Wenn SPD und BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN dieses angebliche Wahlkonzept selbst als Zwischenschritt hin zu einer Gemeinschaftsschule für alle vorschlagen, dann wird jedem klar sein, dass beide Parteien nicht an dem Erhalt der Gymnasien interessiert sind, sondern letztlich die Probleme noch anschärfen wollen! Auch die GEW ist stets für 'Eine Schule für Alle' eingetreten“, so Peter Silbernagel.

Düsseldorf, den 03.03.2010

gez. Klaus Schwung
- Pressesprecher -